

# Im Exil bedroht, eingeschüchtert oder gewaltsam verfolgt!

Martin Link

**Geflüchtete sind regelmäßig und auch im vermeintlich rettenden Exil nicht sicher. Von Agenten, Botschaftsangehörigen oder gar von Herkunftsregimen gedungenen Attentätern drohen Gefahren für ihre Sicherheit, Freiheit und Leib und Leben.**

|| Menschenrechts- und Diaspora-Organisationen haben sich inzwischen zur „Koalition gegen Transnationale Repression in Deutschland“ (TNR-Koalition) zusammengeschlossen. Transnationale Repression ist eine Strategie meist autoritärer Regierungen, um ihre Kritiker im Ausland mundtot zu machen<sup>1</sup>. Exilant\*innen können auch in Deutschland oft nicht sicher leben; sie werden bedroht, eingeschüchtert oder gar gewaltsam verfolgt<sup>2</sup>. Die TNR-Koalition will sich gemeinsam gegen Bedrohung und Einschüchterung in Deutschland einsetzen.

Transnationale Repression ist ein altes Phänomen, taucht aber derzeit weltweit und auch in Deutschland wieder verstärkt auf. Autoritäre und staatlich verbundene Akteure unterwandern und überwachen Communities, zielen auf Einzelpersonen in ihrem vermeintlich sicheren Exil ab, sie einzuschüchtern, zu entführen oder zu verletzen. Besonders betroffen sind Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen, Wissenschaftler\*innen, Anwalt\*innen, Angehörige verfolgter ethnischer Gruppen und Oppositionsmitglieder. Aber auch Menschen, die nur ihre Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen

und sich öffentlich kritisch zur Politik ihres Herkunftslandes äußern, geraten ins Fadenkreuz. Solcherart Bedrohungen können strafbar sein, bleiben aber oft kalkuliert unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit. Hierzulande fehlt es zuständigen Stellen, wie Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden, an Fachkenntnissen, Erfahrungen – und nicht selten an Interesse.

In Deutschland gegen Exilierte gerichtete Mordanschläge, Entführungen, brutale Überfälle, Erpressungen und oder Bedrohungen sind nur die Spitze des Eisbergs. Betroffene fühlen sich indes von öffentlichen Stellen alleingelassen und ungeschützt. Die Komplexität der Taten, das Fehlen rechtsverbindlicher Definitionen, sowohl im internationalen als auch im nationalen Recht, führen im Ergebnis zu regelmäßigen Unterlassungssünden bei Ermittlungsbehörden und Exekutive.

Wenn Menschen in Deutschland verfolgt werden, dann sind sie bislang mit ihren Ängsten allein. Doch Transnationale Repression ist nicht nur eine Bedrohung für Einzelpersonen, sondern auch eine Herausforderung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dafür braucht es in Deutschland mehr Aufmerksamkeit – und politische Antworten. Das Bundesinnenministerium hingegen ist bis dato nur verhalten interessiert und lehnt eine Förderung für die TNR-Koalition ab. Immerhin hat Frank Schwabe, Staatssekretär

COALITION AGAINST  
TRANSNATIONAL  
REPRESSION  
IN GERMANY

im Bundesjustizministerium, jüngst eine Gesetzesänderung angekündigt<sup>3</sup>.

Die TNR-Koalition erklärt, sich nicht entmutigen zu lassen und setzt sich für die Sensibilisierung von Öffentlichkeit, Politik und Behörden ein, die mit gefährdeten Gruppen zu tun haben. Sie berät bei der Erarbeitung politischer und zivilgesellschaftlicher Lösungen und ist eine starke Stimme für Betroffene. Die Koalition vertritt Opfer transnationaler Repression, die mutmaßlich etwa auf Regierungen in China, Afghanistan, Aserbaidschan, Vietnam, Belarus, Ägypten, dem Nato-Mitglied Türkei, Syrien oder dem Iran zurückgeht.

Aus Schleswig-Holstein ist der Afghanische Stammtisch Verein e.V. Mitglied der Koalition. Gründungsmitglieder sind die Tibet Initiative Deutschland, Mikroskop Media, JAM e.V., das veto! Human Rights Defenders' Network – Deutsche Sektion e.V., die Law and Democracy Support Foundation (LDSF) e.V., Freiheit für Hongkong e.V., MangMang Magazine, Reporter ohne Grenzen e.V. (RSF), die Belarussische Gemeinschaft Razam e.V., der World Uyghur Congress (WUC) sowie der Verein der Tibeter in Deutschland e.V.

Mit einem umfangreichen Positionspapier macht die TNR-Koalition auf Tatbestände, die dramatische Situation Betroffener und auf rechtspolitische und strukturelle Handlungsbedarfe aufmerksam: <https://stop-transnational-repression.de>

Martin Link ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., [www.frsh.de](http://www.frsh.de)

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/iran-proteste-dissidenten-russland-bundesregierung-justizministerium-100.html>

<sup>1</sup> [https://shop.freiheit.org/download/P2@1859/944600/2024\\_Transnationale-Repression\\_final.pdf](https://shop.freiheit.org/download/P2@1859/944600/2024_Transnationale-Repression_final.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/1058916/a940c9b69872694a4c-ca8139d763d853/Transnationale-Repression.pdf>